

DER ROTE BLOCK

DER SOLIDARITÄT



Aus dem Inhalt:

Wie demonstriert die RH
am 1. Mai?

Die politischen Grundlagen
des Solidaritätsaufgebots

Wie werden Rechtsschutz-
kommissionen organisiert?

Wie Verdopplung
der Mitgliedschaft?

Kleinere Organisations-
einheiten stärken die
Schlagkraft

Schnelles Reagieren
sichert den Erfolg



Knihovna pedagogického ústavu

Fakult. knihovna

Jahrgang 4 April/Mai 1931

Preis 10 Pfg

Inv. 8:

**FUNKTIONÄR-ZEITSCHRIFT
DER RHD**

Zf. 8:

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 1

ALLGEMEINER TEIL

Wie demonstriert die RSH am 1. Mai? 2
Zu unserer Arbeit während der Internationalen Kinderwoche . . . 4
Zur Notverordnung (vorläufige Richtlinien) 5
Die politischen Grundlagen des Solidaritätsaufgebots 7
Schafft RSH-Jugendgruppen 12
Wie werden Rechtschutzkommissionen organisiert? 15

ORGANISATIONSPROBLEME

Wie vorwärts zur Verdoppelung der Mitgliedschaft? 20
Durchorganisierung der Bezirke und Ortsgruppen 24
Kleine Organisationseinheiten stärken die Schlagkraft 26

AUS DER PRAXIS - FÜR DIE PRAXIS

Schnelles Reagieren sichert den Erfolg 27
Auch an Grenzfälle anknüpfend 27
Die RSH voran in der revolutionären Einheitsfront 28
Ein Bericht wie er nicht sein soll 30
Wenn gearbeitet wird — geht es auch vorwärts 31
Gegen verschärfte Offensive der Klassenjustiz — gesteigerte Werbe-
arbeit 31

UNTER DER KONTROLLE DER MASSES

Württemberg 32
Schlesien 32
Immer wieder das alte Lied 32

Der Rote Block der Solidarität

Jahrgang 1

April/Mai 1931

Nummer 1

Funktionärzeitschrift der Roten Hilfe Deutschlands

Mit dem Erscheinen der Funktionär-Zeitschrift „Der Rote Block“ schließen wir eine Lücke, die sich seit langem in unserer Organisation bemerkbar machte. Es fehlte bis jetzt das Sprachorgan für den Funktionär, für die Organisationskader der RHD. Es fehlte ein Bindeglied, um die praktischen Erfahrungen der Arbeit auszutauschen und die neuen Methoden, die sich bewährt haben, unseren Funktionären zu vermitteln. Das kollektive Zusammenwirken in den Bezirken wird durch den „Roten Block“ seinen Ausdruck finden, indem nun allen Funktionären im Bezirk und in den Ortsgruppen die Möglichkeit gegeben ist, Mängel bekanntzugeben und praktische Vorschläge für die weitere Entwicklung unserer Massenarbeit zu machen.

Das „Tribunal“ ist mehr ein Werbe- und Propaganda-Organ zur Erfassung der breiten Massen, wodurch der Raum für die praktischen organisatorischen Fragen beschränkt und außerdem ist es zur Behandlung innerorganisatorischer Fragen zum Teil ungeeignet.

Im „Roten Block“ werden in Zukunft alle praktischen innerorganisatorischen Fragen, die für jeden Funktionär von Wichtigkeit sind, behandelt werden. Es ist daher Pflicht eines jeden RH-Funktionärs, diese Funktionär-Zeitschrift, die monatlich erscheinen wird, zu lesen. Sie wird ihm für seine praktische Arbeit und Weiterbildung ein unentbehrliches Hilfsmittel sein. Durch rege Mitarbeit der Funktionäre wird „Der Rote Block“ das Spiegelbild unseres Organisationslebens und zugleich ein weiteres Kampfmittel werden.

Wie demonstriert die RH am 1. Mai?

Vor allem: es darf keine Demonstration am 1. Mai geben, nirgends, wo nicht die RH, als selbständige Gruppe mitmarschiert. Es genügt nicht, daß ein Täfelchen vorangetragen wird auf dem man mit einiger Anstrengung und gerade noch aus 2 Meter Entfernung lesen kann, daß es die RH, ist.

Nicht schläfrig mitlaufen im Demonstrationzug!

Es ist Aufgabe der Rote Hilfe-Genossen, die am Demonstrationzug teilnehmen, die speziellen Losungen der RH, besonders zum Kampf gegen den faschistischen Mordterror, gegen die Klassenjustiz und für das Solidaritätsaufgebot, unter den Massen gerade am 1. Mai zu popularisieren.

Wie soll man es machen?

Genügt es, die Losungen gegen die Klassenjustiz sw. auszurufen, genügen die Sprechhöre? Nein! Denn das tun auch die anderen Teilnehmer am Demonstrationzug, auch die Mitglieder der anderen proletarischen Organisationen.

Es kommt darauf an, daß der Zug der RH besonders auffällt, daß es gelingt, die Aufmerksamkeit der Arbeiter gerade auf unseren Zug zu lenken.

Dazu gibt es die verschiedensten Mittel und Methoden. Hier können keineswegs alle genannt werden. Es kommt da auch ein bisschen auf den

Erfindungsgeist und die Initiative der Funktionäre

jeder Ortsgruppe an. Es soll in den Mitgliederversammlungen zum 1. Mai und in den Funktionärbesprechungen konkret gerade über diese Frage, was man am 1. Mai tun soll, gesprochen werden, und die Genossen sollen angeregt werden, praktische Vorschläge zu machen.

Einige kleine Beispiele: Sehr wirksam wird es sein, wenn in langer Reihe hintereinander Tafeln mit den Namen der Gemordeten (Opfer des Polizei- und Naziterrors) getragen werden. Dies ist sehr geeignet, die Empörung der Massen über den Terror zu steigern. Auf jeder Tafel der Name eines Gemordeten mit dem Datum und dem Ort. Dazu verschiedene Tafeln mit entsprechenden Losungen. Ferner Tafeln, aus denen die wichtigsten — aber eben nur die wichtigsten — Terrorzahlen hervorgehen (3000 Gefangene, 20000 Angeklagte usw.) Auf jeder Tafel womöglich nur eine Zahl, sonst merkt sich der Zuschauer diese Zahl nicht.

Sehr gut wird es sein, wenn

Wimpel mit dem eingestickten neuen Abzeichen der RH im Zuge getragen werden. Möglichst viele Wimpel, womöglich 2 bis 3 Reihen geschlossen mit Wimpeln hintereinander. Jugend- und Erwerbslosenaktivs sowie Kindergruppen sollen als solche geschlossene Gruppen mitmarschieren, im Zuge gut verteilt. Am Arm die Binde mit dem Abzeichen der RHD.

Es ist überhaupt wichtig, gerade am 1. Mai das Abzeichen der RHD zu popularisieren und jedes RH-Mitglied soll sich verpflichtet fühlen, das Abzeichen zu tragen.

Auch Karikaturen

können und sollen im Zuge mitgetragen werden, aber dabei muß zweierlei beachtet werden:

1. Die Karikatur muß auch für den völlig indifferenten Zuschauer genug verständlich sein.
2. Trotzdem es sich um Karikaturen handelt, darf die Karikatur den nötigen politischen Ernst nicht vermissen lassen.

Aber es kommt nicht nur darauf an, daß im Demonstrationzug die RH mitmarschiert und durch lebhaftes Auftreten hervortritt; überaus wichtig ist selbstverständlich, daß am 1. Mai dem Sammeln von Spenden und der Kolportage, vor allem dem Vertrieb des „Tribunal“ größte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Für das Spenden sammeln stehen uns genug Mittel zur Verfügung: Sammelbüchsen, die Solidaritätsblocks und -Marken, die Karten mit den Bildern von Peters und von Ermordeten usw.

Bei der Kolportage zu beachten:

nicht versuchen, „die ollen Klamotten“ loszuwerden, die uralten früher einmal nicht abgelesenen Broschüren und Karten. Wenn der Käufer drauf kommt, daß man ihm ein altes, womöglich uninteressantes Zeug verkauft hat, trägt das weder dazu bei, daß er diese Literatur liest, noch bringt es den Betreffenden dem Rote Hilfe-Gedanken näher. Daher: kolportiert

nur die aktuellen Broschüren und Zeitungen, vor allem das neue „Tribunal“ und die neuen Kampf-Broschüren des „Tribunal“-Verlages!

Für das „Tribunal“ soll eine spezielle Propaganda entfaltet werden. Es empfiehlt sich beispielsweise Tafeln mit einer Reihe von Titelbildern früherer Nummern und einer Aufforderung Leser des „Tribunal“ zu werden, im Zuge mitzuführen.

Selbstverständlich muß auch bei anderen Veranstaltungen am 1. Mai, bei Saal- und Abendveranstaltungen aller proletarischen Massenorganisation und der Kollektivmitgliedschaften die Rote Hilfe am Platze sein. Besondere kurze Ansprachen durch Redner der RH, über den Terror und das Solidaritätsaufgebot; Verkauf unserer Marken und Literatur, Sammlungen, Mitgliederwerbung. Der 1. Mai als Tag der Massenmobilisierung gegen die faschistischen Diktaturbestrebungen der Bourgeoisie, gegen den faschistischen Terror muß nicht nur die Rote Hilfe in den ersten Reihen stehen, sondern am 1. Mai gilt es für die Rote Hilfe-Mitglieder und Funktionäre auch großzügigste Agitation und Werbung, bestorganisierte Sammlungen und Kolportage zu veranstalten und so am 1. Mai erneut mächtig auf dem Wege zur Gewinnung neuer Massen und zum Ausbau und zur organisatorischen Festigung unserer Massenbewegung vorzustoßen.

Zu unserer Arbeit während der Internationalen Kinderwoche.

In der Zeit vom 1.—14. Mai zur Mobilisierung der Arbeiterkinder gegen Faschismus, Hunger und Krieg

die internationale Kinderwoche!

Im Rahmen dieser Kinderwoche hat auch die Rote Hilfe ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen. Die bestehenden Kindergruppen der Roten Hilfe müssen zur internationalen Solidarität für die eingekerkerten Klassengenossen herangezogen werden. Die Kinder der Mitglieder der Roten Hilfe müssen in dieser Woche gemeinsam mit den Kindergruppen aller proletarischen Massenorganisationen die Veranstaltungen anlässlich der Internationalen Kinderwoche besuchen. Auch sollen die Kinder zu speziellen Sammlungen für die Rote Hilfe herangezogen werden. Ferner sollen die Kinderdelegationen für den Besuch der politischen Gefangenen in den Kertern organisiert werden. Soweit die Ortsgruppen der RH eigene Kinderveranstaltungen durchführen, muß auch der Terror gegen die Pioniergruppen, der Kampf, den Schulreaktion, Polizei und Gericht gegen die proletarische Aufklärung der Kinder führt, aufgezeigt werden. In Verbindung mit diesen Fragen ist hinzuweisen auf die Tätigkeit der Roten Hilfe für die Familien der Eingekerkerten und auf die Verfolgung der Kinderheime der Roten Hilfe durch die kapitalistischen Machthaber.

Ueber die Erfolge und Erfahrungen sowie über Gründung von Kindergruppen der RH ersuchen wir für die nächste Nummer Berichte einzusenden.

Zur Notverordnung

Vorläufige Richtlinien über die Durchführung von öffentlichen Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, und die Herausgabe von Handzetteln und Plakaten
Um der Polizei nicht Gelegenheit zu geben, willkürlich auf Grund von Formfehlern unsere Versammlungen zu verbieten, muß folgendes beachtet werden:

1. Nur öffentliche Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen müssen angemeldet werden. Also keine Mitglieder- oder Funktionär-Versammlungen. Wir weisen darauf hin, daß es sich um eine Anmeldung der Versammlungen handelt, also nicht um eine Genehmigung.
2. Die Anmeldung der öffentlichen Versammlungen, Kundgebungen oder Demonstrationen muß mindestens 24 Stunden vor Beginn derselben erfolgen.
3. Wird nach 24 Stunden dem Anmelder nicht schriftlich mitgeteilt, daß die Versammlung verboten ist, so kann sie durchgeführt werden.
4. Die Anmeldung muß bei der zuständigen Polizeibehörde schriftlich erfolgen. In Berlin in doppelter Ausfertigung und zwar bei der Abtlg. IA des Polizeipräsidiums, Zimmer 216, II. Stock, von 7½ bis 16 Uhr, am Sonnabend von 7½ bis 13 Uhr. (Für Berlin müssen auch die Plakate und Flugblätter ebenso die Anmeldungen für Personenfahrten auf Lastwagen an der gleichen Stelle erfolgen.)
5. Plakate oder Handzettel zur Ankündigung von Versammlungen dürfen nur sachliche Angaben, Ort (Tagungslokal), Zeit, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Tagesordnung, Diskussion (falls eine stattfinden soll) und das Eintrittsgeld enthalten. Plakate und Flugblätter, auf denen mehr steht, wie oben angegeben ist, können beschlagnahmt und eingezogen werden.
6. Auf den Handzetteln muß auch der verantwortlich Zeichnende stehen. Auch Handzettel und Plakate sind mindestens 24 Stunden vorher der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen. Erfolgt nach 24 Stunden kein ablehnender Bescheid, so können sie ebenfalls verteilt bzw. angeschlagen werden.

7. Es ist notwendig, daß die Anmeldung der Versammlung, wie die der Flugblätter rechtzeitig genug geschieht, nach Möglichkeit mehrere Tage bzw. Wochen vorher, da sonst die Gefahr besteht, daß der Organisation durch die Ablehnung unnötige Kosten entstehen.
8. Politische Flugblätter, die also einen längeren Text enthalten, müssen ebenfalls 24 Stunden vor ihrer öffentlichen Verteilung der Polizei zur Kenntnis gebracht werden. Bei den Anmeldungen der Versammlungen, sowie bei dem Vorlegen der Flugblätter empfiehlt es sich, daß nicht immer die Hauptfunktionäre der Ortsgruppe, wie Vorsitzende und Kassierer, sondern möglichst andere Genossen die Verantwortung übernehmen.

Muster

für Anfertigung von Handzettel, Plakate zur Ankündigung von öffentlichen Versammlungen auf Grund der neuen Notverordnung:

Kundgebung der Roten Hilfe

(oder öffentlichen Versammlung, Lichtbildervortrag etc.)

Am Montag, den 30. März abends 8 Uhr findet im Lokal Ernst Schulz Müllerstr. 25 eine

öffentliche Kundgebung der Roten Hilfe statt.

Tagesordnung: Der Kampf der Roten Hilfe um die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen.

Redner: Erich Müller, Berlin.

Auftreten der Spieltruppe „Rote Fackeln“.

Freie Aussprache.

Rote Hilfe Deutschlands,

Eintritt 20 Pfg.

Ortsgruppe Biesdorf.

Verantwortlich für Druck und Inhalt: Emil Schuster, Biesdorf.

Muster

einer Anmeldung einer öffentlichen Versammlung, Kundgebung oder Demonstration auf Grund der neuen Notverordnung.

Stettin, den 30. März 1931.

An die Ortspolizeibehörde Stettin!

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir am 24. April 1931 im Lokal Schulze, Stettin, Wallstr. 28 abends 8 Uhr eine öffentliche Versammlung (Kundgebung, Demonstration oder Lichtbildervortrag) durchführen. Tagesordnung: Der Kampf der Roten Hilfe um die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen, Referent: Erich Müller-Berlin. Außerdem spielt die Spieltruppe „Rote Fackeln“. Wir ersuchen vom Stattfinden der öffentlichen Kundgebung Kenntnis zu nehmen.

Rote Hilfe Deutschlands,

Ortsgruppe Stettin.

Franz Krause, Stettin,

Grünestr. 93.

Die politischen Grundlagen des Solidaritätsaufgebots

Die beschleunigte Entwicklung zum Faschismus in Deutschland, die mit dem Erlaß der Notverordnung auf Grund des Ausnahmeparagraphen kurz vor den Septemberwahlen 1930 einsetzte, hat sich entsprechend der Zuspitzung der Wirtschaftskrise und der Verschärfung des Klassenkampfes von Monat zu Monat weiter gesteigert. Wir müssen daher die faschistische Ausnahme-Verordnung der Brüningregierung als ein entscheidendes Glied in einer Kette betrachten. Brüning hat niemals Zweifel darüber gelassen, welchem Ziel seine Politik zusteuert. Am 23. 1. 31 erklärte er vor den sächsischen Industriellen:

Auf meiner Reise nach Chemnitz habe ich den stenographischen Wortlaut der letzten Franz- und Wirtschaftsrede Musolinis gelesen und ich habe dabei mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, daß die Maßnahmen, die Italien ergriff, in sehr starkem Maße den unsrigen ähneln. Mussolini hat Deutschland jetzt als Vorbild hingestellt. Der Systemwechsel wird jetzt in Deutschland vollzogen.

Es ist die deutsche Sozialdemokratie, die der Brüningregierung hilft, diesen „Systemwechsel zu vollziehen“. Am 18. 10. v. J. sanktionierte sie im Reichstag alle Notverordnungen, welche die Brüningregierung auf Grund des Ausnahmeparagraphen erlassen hatte. Sie half der Brüningregierung, den Etat unter schamlosem Bruch der Geschäftsordnung, unter Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter, unter schwerster Vergewaltigung der kommunistischen Opposition durchzusetzen. Sie bewilligte den „Panzerkreuzer“, sie gab die Zustimmung, daß der Reichstag nach Hause geschickt wurde und erteilte der faschistischen Brüningregierung Blankovollmacht für die parlamentslose Zeit. Sie ging mit ihrem preußischen Polizeiminister Severing der Brüningregierung bei ihren Vorbereitungen der faschistischen Ausnahmeverordnung voran. Severing rühmt sich in seiner Antwort auf die Anfrage des deutschnationalen Landtagsvorsitzenden, daß er es war, der bei den Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft die Initiative ergriff und den Erlaß der Ausnahmeverordnungen angeregt hat. Ja, Herr Severing hat weit mehr getan als er in dieser Antwort, die seine Tauspatenschaft an der Ausnahmeverordnung bestätigt, erklärt. Er war der Schrittmacher der Ausnahmeverordnung. Bereits eine Woche vor dem Erlaß der faschistischen Verordnung der Reichsregierung gab er in Preußen einen Erlaß heraus in denen er den Polizeibehörden zur Pflicht machte Arbeiterversammlungen besser wie bisher zu bespitzeln, unbequeme revolutionäre Agitatoren an Ort und Stelle zu verhaften und den Schnellrichtern zu überliefern. Und als dann die Notverordnung mit Hilfe des Paten Severing aus der Taufe gehoben wurde, erklärte der Vorwärts zynisch:

„Die Sozialdemokratische Partei hat nicht die Absicht, der Staatsgewalt in den Arm zu fallen, in dem Augenblick, in dem sie den Kampf gegen tatsächlich ganz unhaltbare Zustände aufnimmt.“

Entsprechend dieser Erklärung hat die SPD. gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Aufhebung der Diktaturverordnung gestimmt und damit noch einmal unterstrichen, daß sie die beste Stütze der faschistischen Brüningregierung ist, dessen Politik des Terrors und des Belagerungszustandes sich lediglich gegen die Arbeiterklasse richtet.

In welcher Weise dieser Belagerungszustand, der in der wilhelminischen Zeit nur während des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie und während des Krieges verhängt wurde, angewandt werden soll, das wird durch die Ausführungsbestimmungen deutlich illustriert.

Diese Ausführungsbestimmungen sind geradezu ein klassisches Dokument dafür, wie die Klassenjustiz in Zeiten des zugespitzten Klassenkampfes auf Befehl die letzten Hülsen fallen lassen muß, zur feilen Diene der kapitalistischen Staatsraison degradiert und zur ausgesprochenen Rachejustiz gestempelt wird.

Einschüchterung u. Abschreckung der kämpfenden Arbeiterschaft, die sich gegen die Ketten der faschistischen Ausnahmeverordnung wehrt, ist das politische Ziel der Ausführungsbestimmungen.

Dafür einige Tatsachen: Grzesinski ließ die Massenversammlung anlässlich der proletarischen Jugendweihe im Berliner Sportpalast auflösen.

Grzesinski verbot bei einer Veranstaltung der Roten Hilfe, die am Karfreitag im Friedrichshain stattfinden sollte, den Chorgesang von Arbeiterliedern, sogar solcher harmloser Lieder wie „Die Sonntagsfeier“, „Das heilige Feuer“ von Uthmann. Dem Verbot aller Veranstaltungen anlässlich des Reichsjugendtages des R. F. W. folgten die Massenverhaftungen von Jungarbeitern während der Ostertage, folgten die Aburteilungen durch die Schnellgerichte.

Vierzehn Tage nach Inkrafttreten der faschistischen Notverordnung sitzen allein in Berlin 83 Jungarbeiter wegen Verstöße gegen sie im Kerker.

Aus allen Teilen des Reiches werden Massenverhaftungen von Arbeiterfunktionären, Auflösungen von Versammlungen, Verbote von Versammlungen und Demonstrationen berichtet. Zeitungsverbote, Denunziationen gegen den „Roten Aufbau“, Beschlagnahme von revolutionären Schallplatten, Postzeirazzien gegen proletarische Hausagitatoren und der auf Befehl der Pfaffen befohlene amtliche Kreuzzug gegen die proletarischen Freidenker (Heße gegen die Gottlosenbewegung) alles liegt in dieser Linie terroristischer Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse. Bomben und Sprengstoffschwindel der Brüningpresse, Ver-

botsheße gegen die kommunistische Partei, Auftreten bezahlter Provokateure und Vordspizel zeigen, daß die Gewalthaber des kapitalistischen Staates sich auf jene Achtgroschenehrenmänner stützen, die bei allen geschichtlichen Unterdrückungsfeldzügen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse ihre dunkle Rolle gespielt haben.

Richten sich die Spitzelprovokationen gegen die Vorhut der Arbeiterschaft, so richtet sich die Diktaturverordnung als Ganzes gegen die gesamte Arbeiterschaft. Das erkennen auch die Proletarier, die noch der sozialdemokratischen Partei angehören. Unter dem Druck dieser gegen Panzerkreuzerpolitik und Ausnahmeverordnung rebellierenden Proletarier muß die „linke“ sozialdemokratische Volkszeitung in Plauen in Bezug auf den Inhalt der Ausnahmeverordnung eingestehen:

Die persönliche Freiheit und die Freiheit der politischen und kulturellen Meinungsäußerungen haben praktisch zu bestehen aufgehört. Das Volk ist heute rechtlos der Polizei und der Klassenjustiz ausgeliefert. Man prüfe noch einmal was die Notverordnung bringt und dann stelle man sich die Frage: Was unterscheidet diesen Zustand noch vom Faschismus?

Ferner muß dieses Blatt zugeben, daß die Notverordnung weiter ausgedehnt werden wird auf die Arbeitslosen und daß mit Hilfe des § 48 die Arbeitslosenversicherung weiter abgebaut werden soll. Wörtlich schreibt das erwähnte Blatt:

Die Arbeitslosen sollen in den Lohnkampf geworfen werden, das heißt sie sollen zum Lohndruck benutzt werden. Man will den Arbeitsmarkt seinen natürlichen Bedingungen der freien Konkurrenz zurückgeben. Da man aber die Arbeitslosen dabei nicht nur in den Lohnkampf sondern gleichzeitig auf die Straße wirft, hat man sich vorher durch die Notverordnung, deren Ueberführung in den militärischen Belagerungszustand nur die Frage der Minute ist, die ihre Unterschrift erfordert, die Handhabe geschaffen um die politische Willensbildung der Masse in den bevorstehenden Kämpfen zu verhindern.

Die Plauener Volkszeitung hütet sich natürlich hinzuzufügen, daß der Belagerungszustand vor allen Dingen das Mittel ist, um die unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen den Abbau der Löhne und den Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen kämpfenden Arbeiter zu knebeln.

Die Tatsache, das bereits jetzt Versammlungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf Grund des Belagerungszustandes verboten werden, läßt den Umfang der sich steigenden Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparates bei den großen Wirtschaftskämpfen erkennen

Noch mit größerer Brutalität als bei den Massenkämpfen an der Ruhr und in Oberschlesien zu Anfang dieses Jahres wird die Polizei und die Klassenjustiz gegen die Arbeiter wüten

Im Rahmen ihrer spezifischen Aufgaben muß die Rote Hilfe sich eingliedern in die gewaltige Front des Kampfes aller Werktätigen gegen den Terror der Diktaturverordnung und den Terror der Mordfaschisten. Überall, in Stadt und Land, ist das politische Interesse durch die bevorstehende Wirtschaftskämpfe, durch die Wirtschaftskrisis, durch die Mordtaten der Faschisten, durch die Diktaturverordnung, durch die Auseinandersetzungen und Krachs im Hitlerlager sowie durch die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie gesteigert worden. In allen Arbeiterorganisationen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften, bei den Sportlern, bei den Freizeidern wird über die Fragen des Kampfes gegen die faschistische Terrorpolitik diskutiert. Diese politische Entwicklung bedeutet für die Rote Hilfe die Notwendigkeit sowohl der Intensivierung ihrer Tätigkeit, ihres Kampfes, als dessen Verbreiterung.

Das Solidaritätsaufgebot, das die Rote Hilfe in den nächsten Wochen und Monaten organisiert, ist der politische Ausdruck der Mobilisierung der Massen der Werktätigen gegen den andauernd ansteigenden faschistischen Terror.

Indem die Rote Hilfe die Solidarität der Massen sämtlicher werktätiger Schichten gegen den brutalen Terror von Faschisten, Polizei und Justiz organisiert, bringt sie diese Massen mit dem Klassentkampf des Proletariats in enge Berührung, reißt sie sie ein in die rote Klassenfront des Proletariats, in die zweite antifaschistische Kampffront.

Darum liegt ein Hauptgewicht der politischen Tätigkeit der Rote Hilfe-Organisation in der nächsten Zeit auf dem Gebiete der Mitgliederwerbung aus den verschiedensten werktätigen Schichten, darum ist die Parole „Verwirklichung der Verdoppelung der Mitgliedschaft“ von größter politischer Bedeutung im Rahmen der Erfassung und Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse und der Werktätigen zum Kampfe gegen den faschistischen Kurs der Bourgeoisie, der ja in den Notverordnungen aufs deutlichste zum Ausdruck kommt.

Das Solidaritätsaufgebot ist eine Methode, diese Aufgabe zu erfüllen.

Es ist die Methode der Verbindung unserer Hilfstätigkeit mit dem Kampf gegen den faschistischen Terror. Gerade durch unsere Aktionen und Kampagnen, die wir konkret führen im Zusammenhange mit den die Massen empörenden Terrorereignissen, wird es uns gelingen, die Aufmerksamkeit breiterer Massen auf diese Ereignisse zu lenken, ihre Empörung zu steigern und ebenso den Willen in ihnen wachzurufen und zu festigen, mit dem Terrorsystem der Bourgeoisie Schluß zu machen. Natürlich kommt es bei dieser Tätigkeit sehr viel darauf an, daß unsere ganze Organisation in höchstem Maße, viel mehr noch als bisher politisiert wird, daß jeder einzelne Funktionär sich der politischen Bedeutung unseres Solidaritätsaufgebotes bewußt ist und politische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit leistet. Dies auch im Anschluß und anknüpfend an die praktischen Akte der Solidarität, für die zunächst die Werktätigen gewonnen wurden.

Das Solidaritätsaufgebot muß das Mittel für die Rote Hilfe-Organisation sein, den Tempoverlust, der zum Teil zu verzeichnen ist, wettzumachen: die Mobilisierung der Massen darf nicht zurückbleiben und nicht nachlassen gegenüber dem faschistischen Terror.

Die Massenmobilisierung muß so gewaltig sein, daß die Welle der Massenempörung über den faschistischen Terror die weitere Entwicklung dieses Terrors einzuengen vermag. Natürlich kann diese Aufgabe nur gelöst werden im Zusammenwirken und im gleichfalls stürmischen Vorwärtsschreiten aller proletarischen Massenorganisationen. Das Solidaritätsgefühl bedeutet für die RH also auch die Aufgabe, die Kräfte des Widerstandes und der Aktivität gegen den faschistischen Terror zu steigern, das Selbstvertrauen und die Kampfkraft und den Kampfsgeist der Arbeiterklasse zu heben.

Gerade in Zeiten, wo die Bourgeoisie ihren Terror verschärft, treffen sie die Maßnahmen zur Massenmobilisierung gegen diesen Terror, zur verstärkten Solidarität mit den Opfern am stärksten, ist die Bourgeoisie besonders empfindlich. Das zeigen auch die Erfahrungen des Kampfes, der Mobilisierung der Werktätigen einschließlich der Intellektuellen gegen den Terror, gemeinen Offensive auch den Terror verschärft, der Grundsatz: jezt keinesfalls zurückweichen, keinesfalls nachlassen bei der Mobilisierung der werktätigen Massen, sondern im Gegenteil die Anstrengungen aufs höchste steigern. Nur so wird die RHD. ihre geschichtliche Aufgabe in dieser Periode der werdenden faschistischen Diktatur erfüllen können.



Der Sturmplan des Solidaritätsaufgebotes:

1. Versammlungsturm: 5000 Versammlungen vom 20. April bis 5. Juni (Léviné-Gedenktag)
2. Sammelfoll: 72000 Mark (ein Drittel des Winterhilfsergebnisses) in den Monaten April-Mai
3. Mitgliederwerbung: Ein Viertel des Mitgliederbestandes vom 11. Quartal 1931
4. „Tribunal“-Umsatz: Im Mai Steigerung um ein Drittel gegenüber April
5. In jeder Ortsgruppe: (bis 5. Juni) eine Rechtschutzkommission, eine Jugendgruppe und Organisation einer Kindergruppe

Erfüllung des Sturmplans des Solidaritätsaufgebotes erfordert Einreihung des letzten Mitgliedes in die praktische Mitarbeit

Schafft RH-Jugendgruppen!

Ergänzt den Funktionärstab durch Jungwerkstätige!

Die Jugend steht im Vordertreffen des antifaschistischen Kampfs. Behörden und Pfaffen, Polizei und Nazis, Ausbeuter und Gewerkschaftsbonzen, bürgerliche Parteien aller Richtungen stürzen sich auf die Jugend und suchen die junge lebendige Kraft in den Dienst der Konterrevolution zu spannen. Wir müssen daher alle Anstrengungen machen, gerade jetzt, wo die herrschende Klasse ihren Generalangriff gegen die Arbeiterklasse verstärkt, die Jugend in die rote Klassenfront einzureihen. Diese Aufgabe fällt jeder Organisation zu, die für die revolutionären Ziele, für die Befreiung der Werktätigen und Ausgebeuteten wirkt.

Die Rote Hilfe muß dabei im Sinne ihrer speziellen Aufgaben vor allem den Gedanken der proletarischen Solidarität durch Heranziehung der Jugendlichen zur praktischen Solidaritätsarbeit vertiefen, und die Aufklärungs- und Schulungsarbeit in den großen Schichten der jugendlichen Werktätigen, die immer noch im Banne der bürgerlichen Erziehung und Beeinflussung sind, organisieren.

Wie schaffen wir Jugendgruppen?

In jeder Ortsgruppe der Roten Hilfe gibt es Jungarbeiter, die gerne bereit sind, mit ihren Kameraden als Jugendaktiv spezielle Agitations- und Werbeaufgaben zu übernehmen. Ihnen ist sofort nach einem bestimmten Arbeitsplan entsprechendes Material zur Verfügung zu stellen, damit sie in den Schichten des indifferenteren Jungproletariats werbend und aufklärend wirken können. Besonders ist geeignet das Material, das sich auf die Klassenjustiz, auf die Klassenurteile gegen Jugendliche bezieht, um den Solidaritätsgedanken wachzurufen und den Kreis der Jugendaktiven zu Jugendgruppen zu erweitern.

Weg mit den „Bedenken“!

Viele ältere Genossen betrachten ihre Funktion oftmals geradezu als Monopolstellung und glauben den Jugendlichen nichts zutrauen zu können. Sie möchten am liebsten jede Arbeit allein machen und beklagen sich dauernd darüber, daß sie mit Arbeit überlastet wären. Sie sehen aber nicht, wie eine Reihe von Kräf-

ten ganz besonders im Jungproletariat und in den neu aufgenommenen Mitgliedern brachliegen. So z. B. kam es wiederholt vor, daß die leitenden Ortsgruppenfunktionäre in ihren Versammlungen über das Fehlen der Funktionäre jammerten und anwesende Mitglieder zur Antwort gaben: „Noch niemals wurden wir aufgefordert, diese oder jene Funktion zu übernehmen. Wir sind gerne bereit, mitzuhelfen.“ Nicht nur, daß die Ortsvorstände nicht immer genügend verstehen, neue Mitglieder von der Notwendigkeit der Uebernahme einer Funktion zu überzeugen, sondern sie stoßen oft sogar jene, die bereit sind, mitzuarbeiten, ab.

Es gilt, die Lösung zu verwirklichen:

Keine Ortsgruppe ohne Jugendgruppe oder Jugendaktiv!

* * *

Nachstehend die Richtlinien zu den Jugendgruppen:

1. Aufgaben der Rote Hilfe-Jugendgruppen (R. H. J.)

Die Arbeit der R.H.J. liegt im Rahmen der Gesamtaufgaben der R.H.-Bewegung und bezieht sich im besonderen auf die Durchführung spezieller R.H.-Arbeiten. Die Mobilisierung der proletarischen Jugend zum Kampf gegen den Faschismus mit dem Ziel:

- a) Gewinnung der noch nicht aufgeklärten Jungarbeiter-schaft und der von den Nazis und Sozialfaschisten irreführten proletarischen Jugendlichen für die rote Klassenfront durch ideologische Aufklärung und Schulung.
- b) Mobilisierung der Jungarbeiter und Arbeiterinnen gegen den Polizei-, Nazi- und Justizterror, insbesondere wo sich dieser Terror gegen jugendliche Arbeiter richtet.
- c) Organisierung des Schutzes gegen die Drohungen und Ueberfälle faschistischer Mordbanden. (Versammlungsschutz, Schutz bei Sammel- und Werbeveranstaltungen.)
- d) Einsetzung der Jugend im Kampf um die Vollamnestie der proletarisch-politischen Gefangenen, insbesondere im Kampfe für die Forderung der Freilassung aller eingekerkerten Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen.
- e) Einreihung der Jungarbeiterschaft unter Führung der R.H.J. in die Solidaritätsaktion der Roten Hilfe zu Werbe- und Sammelzwecken (Landagitation, Literaturvertrieb, Bearbeitung von Betrieben, Werbung und Gewinnung neuer Kollektivmitgliedschaften u. a.)

2. Organisatorischer Aufbau.

1. Die R.H.J. wird in den größeren Städten und Stadtteilen ortsrgruppenweise aufgebaut.

2. Um eine Grundlage für die Schaffung von Jugendgruppen zu erhalten, werden die Jugendlichen, die jetzt schon in der R.H. organisiert sind, zu einer speziellen Jugendversammlung zusammengerufen, auf welcher dann die Gründung der R.H.J.-Gruppe vorgenommen wird.

3. Die Jugendgruppe wählt sich eine selbständige Leitung, bestehend aus einem Leiter und vier Funktionären.

4. In jede Jugendgruppenleitung entsendet der Ortsgruppenvorstand einen stimmberechtigten Vertreter der Ortsgruppe und umgekehrt entsendet die Jugendgruppe in den Ortsvorstand einen Jugendgenossen, der ebenfalls stimmberechtigt ist.

5. Bestehen mehrere Jugendgruppen in einer Ortsgruppe (was besonders in größeren Städten der Fall sein wird) so wird aus den Spitzenfunktionären der einzelnen Jugendgruppen ein **Arbeitsausschuß** gebildet, der speziell die Frage der Jugendarbeit behandelt.

6. Die Arbeit der Jugendgruppen wird unter Kontrolle der Ortsgruppenleitung durchgeführt.

7. In den Jugendgruppen sind alle Genossen von 14—23 Jahre zusammenzufassen, jedoch darf kein Zwang ausgeübt werden. Es ist jedem Einzelnen freigestellt, an der R.H.-Arbeit der Ortsgruppen der älteren Genossen teilzunehmen, falls er dies wünscht.

Bei besonderer Eignung älterer Genossen für die Jugendarbeit sind dieselben den Ortsgruppen freizustellen.

8. Name der Jugendgruppen ist: Rote Hilfe-Jugend (R.H.J.).

3. Kassierung.

Die Kassierung bei den Jugendgenossen geschieht in der Form, daß die Jugendgruppen ihre eigene Unterkassierung haben. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 Pfg. Der Mindestbeitrag pro Monat ebenfalls 10 Pfg.

Neben ihrem Mitgliedsbuch erhalten die Jugendgenossen eine Jugendaktivmitgliedskarte.

Berichtet an den „Roten Block“ über die Gründung von Jugendgruppen und über die Erfahrungen bei der Arbeit der R.H.J! Macht Vorschläge!

Wie werden Rechtsschutzkommissionen organisiert?

Ueber die Notwendigkeit der Schaffung von Rechtsschutzkommissionen und deren Aufgaben haben wir bereits im „Tribunal“ vom 15. März geschrieben. Kurz zusammengefaßt sind die Aufgaben der Rechtsschutzkommissionen vor allem: die Führung und Organisation des Kampfes gegen die faschistische Klassenjustiz bei allen politischen Anklagen und Prozessen, die Erteilung und Ermöglichung der Rechtsberatung (Rechtsauskünfte) und die Vorbereitung von Prozessen, die Organisation und politische Auswertung aller Prozesse und Anklagen zur Aufklärung der Massen über das faschistische Terror-Regime und die Klassenjustiz im Zusammenhang mit der notwendigen Werbe- und Sammeltätigkeit für die Rote Hilfe.

Wie können diese Aufgaben praktisch durchgeführt werden?

Da die Rechtsschutzkommissionen die Aufgabe haben, den Rechtsschutz, die Verteidigung der Angeklagten auf breiter Basis unseres Kampfes gegen den faschistischen Mordterror und gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu organisieren, gilt auch für die praktische Organisation dieser Tätigkeit:

auf breiter Grundlage über den Rahmen der Rote Hilfe-Bewegung hinaus!

Zu den Rechtsschutzkommissionen müssen daher auch Vertreter anderer Massenorganisationen hinzugezogen werden, besonders der Organisationen, die die meisten Angeklagten zu verzeichnen haben, wie z. B. der R.H.V., der Kampfbund gegen den Faschismus, Rot Sport, Freidenker u. a. Zu jeder Rechtsschutzkommission wird aber auch der Gefangenenerobmann der R.H. hinzugezogen.

Solche Kommissionen müssen

in jeder Ortsgruppe

gebildet werden. Die Kommissionen arbeiten unter Leitung der R.H.D. und müssen außerdem eine geeignete Verbindung mit einem Rechtsanwalt, von dem in schwierigen Fällen Auskünfte eingeholt werden können, haben. Außerdem stehen die Kommissionen durch die Ortsgruppe der R.H. in Verbindung mit der Juristischen Abteilung des Z.V., der sie das Material für die einzelnen Fälle übermitteln.

Zu jeder Rechtsschutzkommission gehört

der Rechtsschutzfunktionär

Das ist ein Genosse, der sich mit den Rechtsschutzfragen besonders befaßt und sich durch seine Tätigkeit und Ausbildung eine entsprechende Praxis aneignet, so daß nicht bei jeder kleinen Sache ein Anwalt zu Hilfe genommen werden muß.

Werden Arbeiter einer Ortsgruppe verhaftet und angeklagt, so muß die Rechtsschutzkommission

sofort in Tätigkeit treten

Sie stellt die näheren Umstände der Verhaftung fest, stellt evtl. Entlastungszeugen und Entlastungsmaterial zusammen und gibt über die Vorfälle dem Bezirksvorstand resp. der Juristischen Zentralstelle einen Bericht. Sie darf sich aber dabei nicht auf Formalitäten beschränken, sondern muß zu den Fragen

politisch Stellung nehmen.

Sie hat die Aufgabe, der Juristischen Zentralstelle der Rf wie auch der Ortsgruppe mitzuteilen, welche politische Bedeutung der Prozeß oder die Verhaftung haben.

Durch Mitglieder der Rechtsschutzkommission ist mit

mit dem Verhafteten und Angeklagten

sofort Verbindung aufzunehmen,

wobei zu beachten ist, daß die Angeklagten nicht mißhandelt oder durch andere Zwangsmaßnahmen zu erpresserischen Aussagen gezwungen werden, wie es sehr oft der Fall ist. Wird die Ueberwachung und Kontrolle der Verhafteten rechtzeitig durchgeführt, so kann dies für die Durchführung des Prozesses von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Organisiert die Selbstverteidigung!

Neben den Rechtsanwälten müssen wir bei kleineren Delikten dazu übergehen, Wahlverteidiger, sogenannte Mundanwälte (Caien) zu stellen, die von verschiedenen Gerichten, besonders bei kleinen Sachen zugelassen werden. Der betreffende Angeklagte muß bei Eröffnung des Prozesses sofort den Antrag stellen, durch seinen Kollegen, da er selbst in den Rechtsfragen nicht bewandert ist, verteidigt zu werden. Auf diese Weise wird es leichter gelingen, die Unmenge von Prozessen bewältigen zu können.

Des weiteren kann es Fälle geben, wo der Offizialverteidiger, der vom Gericht aus gestellt wird, ebenfalls dem Angeklagten verteidigen kann. Jedoch ist in jeder einzelnen

Sache zu überprüfen, ob es ratsam ist, die Verteidigung dem Offizialverteidiger zu überlassen, da nicht alle Offizialverteidiger im Sinne des Angeklagten wirken werden.

Der Rechtsanwalt selbst soll daher nur in den Fällen, in denen die juristische Behandlung resp. Verteidigung eines Angeklagten infolge der Schwere oder Wichtigkeit des Delikts unbedingt erforderlich ist, hinzugezogen werden.

Wie wird der Prozess geführt?

Die meisten Genossen glauben, daß die Stellung und das Auftreten eines Rechtsanwalts genügt, um einen Prozeß erfolgreich durchzuführen. Das ist ein Irrtum. Je mehr die Bourgeoisie den faschistischen Terror anwendet, desto unbedeutender wird der Rechtsanwalt. In den faschistischen Ländern gelingt es in der Regel keinem einzigen Rechtsanwalt, daß Urteil auch nur einigermaßen zu beeinflussen. Es ist in der Regel schon gefällt, bevor der Prozeß beginnt.

Entscheidend ist: Die Öffentlichkeit der Werk-tätigen mobilisieren, damit Sie zum Prozess Stellung nimmt.

Dadurch wird auch verhindert, daß die Angeklagten von den Massen isoliert sind. Wo die Arbeiterschaft zu einem Prozeß durch Kundgebungen und Versammlungen, durch Demonstrationen etc. Stellung nimmt, steht in der Regel das Gericht unter dem Druck der Öffentlichkeit, d. h. der Prozeß wird von vornherein politisch beeinflusst und zu einem politischen Prozeß gestaltet. Dadurch wird die Basis für einen weiteren Kampf gegen das Terrorurteil und für die Amnestieaktion geschaffen. In der letzten Zeit haben in einer Reihe von Städten Prozesse stattgefunden, die außerordentlich günstig durch unsere Wachsamkeit beeinflusst wurden, z. B. der letzte Prozeß in Kassel, vorher der Prozeß in Bernsgrün u. a.

Was muß also praktisch getan werden?

1. Der Prozeß muß durch eine gute Pressekampagne eingeleitet werden. Es genügt nicht, daß nur unsere Tagespresse dazu Stellung nimmt, sondern es müssen auch die Vereinsorgane, die Organisationszeitschriften, die Betriebs- und Häuserblockzeitungen auf den Prozeß eingehen.

2. Schon vor Beginn des Prozesses sind Protestkundgebungen abzuhalten, in denen Protestresolutionen angenommen werden, die an das Gericht einzusenden sind. In den Versammlungen können auch Delegationen gewählt werden. Vor allem (aus Betrieben) die entsprechende Forderungen auf Freilassung der Angeklagten dem Gericht übergeben.
3. Während der Verhandlung müssen im Gerichtssaal möglichst viele Arbeiter anwesend sein. Es sind u. a. arbeitslose Genossen in den Gerichtssaal zu delegieren, im besonderen sind die Frauen der Gefangenen heranzuziehen, die nach der bürgerlichen Strafprozessordnung besonderen Anspruch auf Zulassung an der Verhandlung haben.
4. Während der Verhandlung und der Pausen sind den Angeklagten Begrüßungsschreiben, Geschenke etc. zu übergeben, so daß die Angeklagten sehen, daß die Arbeitererschaft an ihnen bzw. dem günstigen Ausgang des Prozesses interessiert ist.
5. In einigen Orten haben die Genossen sogar Musikkapellen mitgebracht und vor den Gefängnissen und dem Gerichtssaal aufgespielt.
6. Soweit die Angeklagten nicht in Untersuchungshaft sind, wurden sie mit Demonstrationen zum Gerichtsgebäude begleitet und vom Gericht abgeholt. Abends sind womöglich, besonders bei wichtigen großen Prozessen, Kundgebungen und Versammlungen, in denen die neuesten Mitteilungen über den Prozeß gemacht wurden und die Verteidiger öffentlich über die Prozeßlage sprechen (dies war z. B. beim Leipziger Waffenprozeß der Fall) zu veranstalten.
7. Eine besondere Bedeutung haben die Gerichts- und Prozeßzeitungen der R.H., die auf einem Abzugsapparat vervielfältigt, die neuesten Mitteilungen über den Gang des Prozesses bringen und sehr schnell abgesetzt werden (Bermisgrün, Pirmasens).

Auf diese Weise wird nicht nur dem Angeklagten geholfen, sondern es wird auch

jeder Prozess zu einer Schule

und zwar zur besten Schule, wie sich der Arbeiter vor den Klaffengerichten zu verteidigen hat. Dabei sollen auch alle Fehler und Mängel besprochen und die Vorteile resp. die erfolgreichen

Methoden in der Verteidigung diskutiert werden. Jeder Angeklagte muß wissen, wie er sich im Gefängnis, in der Untersuchungshaft, während des Prozesses zu verhalten hat. Daher ist auch notwendig, daß von den Rechtsschutzkommissionen speziell für diese Fragen Kursusabende eingerichtet werden.

Jeder Prozess muß mit Sammlungen und mit Werbung neuer Mitglieder für die Organisation verbunden werden.

Wenn wir es verstehen, jeden Prozeß für die Rote Hilfe-Bewegung auszuwerten, dann ist die Frage der Beschaffung der Mittel zur Stellung von Rechtsanwältinnen usw. gelöst.

Bei einer guten Auswertung der Prozesse gelangen wir an große Massen der Werktätigen. Dadurch kann das Tempo der Faschisierung der Klassenjustiz und ihrer Offensive durch die Entwicklung der Roten Hilfe überholt werden und kann dann auch die Verteidigung, die Frage des Rechtsschutzes für alle wichtigen politischen Delikte gelöst werden.

Die Frage der Verteidigung, der Gewährung des Rechtsschutzes ist also nicht nur eine Frage der Stellung eines Anwaltes, sondern in erster Linie der Mobilisierung der Massen gegen die bürgerliche Klassenjustiz.



Wenn in Deutschland ca. 20000 angeklagte Arbeiter im letzten Jahr vor die Klaffengerichte gestellt werden, so bedeutet dies, daß, wenn wir auf den einzelnen Arbeiter, der angeklagt ist, nur 10 weitere Arbeiter, die in die betreffende Angelegenheit mit einbezogen sind, rechnen, mindestens 2 bis 300000 Arbeiter, die jährlich von der Klassenjustiz direkt politisch verfolgt werden und wenn man bedenkt, daß Hunderttausende jährlich in die Lage kommen, Rechtsauskünfte einholen zu müssen, so ist es ganz klar, daß, wenn die Rote Hilfe diese Fragen einigermaßen zu lösen versteht, die Aufgabe der Verdoppelung und Verdreifachung unserer Mitgliedschaft und unseres Funktionärladers keine unerfüllbare ist und die Antwort auf den wachsenden Justizterror gegen die revolutionäre Arbeitererschaft sein kann und muß. Die Rechtsschutzfrage ist daher eine der wichtigsten politischen Fragen für die Rote Hilfe-Bewegung.

ORGANISATIONS-PROBLEME

Wie vorwärts zur Verdopplung der Mitgliedschaft?

Drei Erscheinungen vor allem müssen wir bei der Behandlung des Organisationsproblems in Betracht ziehen:

1. Das Wachstum der Organisation.
2. Unser gesteigerter Aufgabenkreis.
3. Unser Ziel in der Entwicklung der Organisation.

Das Wachstum der Organisation drückt sich am deutlichsten in einem Vergleich unserer Einzelmitglieder und der Kollektivmitgliedschaften in der Zeitspanne seit dem 2. Quartal 1930 aus. Am 1. Juli 1930 hatten wir 164 127 Einzelmitglieder und steigerten dieselben in acht Monaten bis zum 28. Februar auf 228 203. Die Kollektivmitgliedschaften von 424 bis 31. 12. 30 auf 939, und sind gegenwärtig ca. 1 200 erreicht. Gewiß ein starker Aufschwung, der auch in der an sich glänzenden Amnestiekampagne des 2. Halbjahres 1928 nicht annähernd erreicht wurde. Doch

mit dem Wachstum der Organisation ergab sich eine Steigerung unserer Aufgaben.

Zwei Beweiszahlen: Für Rechtschutz verzeichneten wir im Jahre 1928 980 Fälle, in denen wir einen Anwalt stellten; 1929 1717, 1930 4171, im 1. Quartal 1931 — 2235.

In der Gefangenenfürsorge stieg die Zahl der Unterstützungsfälle von ca. 610 per Monat im Jahre 1929 auf ca. 1700 pro Monat im 1. Quartal 1931. Dazu kommt noch, daß der allgemein gewachsene Justiz- und Polizeiterrordie Organisation zwingt, auch die Fragen der Rechtsaufklärung, der Schulung der Arbeitermassen für ihr Verhalten vor Polizei, Untersuchungsrichter und Klassengericht viel ernsthafter zu stellen, als es früher der Fall war. Es mußte deshalb aus diesen Lehren der Entwicklung des letzten Jahres heraus für die Organisationsentwicklung ein ziemlich weit gestecktes Ziel gewählt werden. Dieses Ziel ist, die Organisation im Laufe des Jahres zu verdoppeln, d. h. die Zahl von 400 000 Einzelmitglieder zu erreichen.

Darum unsere Hauptkampflösung: auf 200 000 Angeklagte 200 000 neue Mitglieder!
Welche Voraussetzungen sind innerorganisatorisch hierzu notwendig?

1. Schnellste Einbeziehung der Mitglieder in das Organisationsleben.
2. Verbesserung und Verstärkung unseres Funktionärskaders.

Zu 1) verweisen wir auf unsere Darlegungen in Nr. 17 des „Tribunal“ unter dem Titel „Kassieren, eine politische Funktion!“.

Zu 2):

- a) Schärfere Umreißung des Aufgabenkreises unserer Funktionäre.
- b) Ihre Verdoppelung, ja Verdreifachung.

Wie steht es mit der Arbeitserledigung unserer Funktionäre? In der Regel beschränkt sich diese und das ist ein Merkzeichen vieler proletarischer Massen-Organisationen auf technische Arbeiten, rein schematische Abkassierung der Mitglieder, Kartothek in Ordnung halten, mal einen Fragebogen ausfüllen oder einen Bericht erstatten, einige angewiesene Veranstaltungen notdürftig organisieren. Aber

viel zu wenig wird eine ernsthafte politische Massenarbeit geleistet.

Bei der Kontrolle der Organisation stößt man auf die unwahrscheinlichsten Dinge. So z. B. auf die Tatsache, daß eine Organisation mit ca. 300 Mitgliedern ein knappes halbes Duzend Funktionäre hat, wovon noch die Genossin Vorsitzende selbst 70 Mitglieder nebenbei kassiert. An einem anderen Ort bei fast gleich starker Organisation kassiert „der Einfachheit halber“ ein Genosse die gesamte Mitgliedschaft. Sehr oft findet man den Zustand, daß mehrere Funktionen ein und derselben Organisation in einer Hand sind. Die Folge davon ist: es besteht die Gefahr, daß jedes noch so schwache politische Leben im Laufe der Zeit erstickt. Die Erfolge von Werbekampagnen verlieren sich.

Deshalb ist notwendig die allgemeine Vermehrung des Funktionärskaders. In der Regel auf 10 Mitglieder ein Kassierer, auf 5 Mitglieder ein Funktionär. Dem Funktionär nur eine Funktion innerhalb der Organisation.

VERGESST NICHT die Mitarbeit am „Tribunal“!
Sorgt für Ausgestaltung unseres Kampf- und Werbeorgans!

Wie gewinnen wir aber neue Funktionäre?

Den Hauptteil müssen wir aus den neugeworbenen Mitgliedern selbst gewinnen. Durch Uebertragung kleinerer Arbeiten müssen wir ihnen zeigen, daß wir Vertrauen zu ihnen besitzen. Die erste Arbeit wird sein, ihnen eine kleine Mitgliedsgruppe zum Kasieren zu geben, sie für den Literatur-Vertrieb zu interessieren; aber auch bei Veranstaltungen können wir sie gut zur Vorbereitung und Durchführung mit heranziehen. Je nach der Qualifikation kann man sie zur Ausschmückung des Saales, zur Saalkontrolle, zum Vertrieb des „Tribunal“ und der R.H.-Broschüren und dergl. benutzen. Ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Bezeugung unseres Vertrauens zu den neuen Mitgliedern wird sein, wenn wir sie bei Delegationen mit heranziehen. Speziell bei Entsendungen zu Bezirkskonferenzen, gemeinschaftlichen Tagungen mit befreundeten Organisationen usw., wird es sehr gut wirken, wenn nicht nur immer „die alten“ entsandt werden.

Dabei ist Wert darauf zu legen, daß man die neuen Funktionäre vornehmlich aus den Kreisen der „jüngeren“ (dem Alter nach gemeint) Mitglieder heranzieht und vor allem auch die Frauen mehr berücksichtigt. Die bisherige Heranziehung der Frauen zur Arbeit steht im krassen Mißverhältnis zu ihrer Anzahl in der R.H.

Trotz des offenen überparteilichen Charakters unserer Organisation — glauben viele unserer Leitungen, daß man in erster Linie doch nur Kommunisten zu Funktionen heranziehen darf. Man glaubt, diese hätten sich schon in Partiefunktionen bewährt, sie arbeiten dort sehr intensiv, also kann man diesen Packeseln im wahrsten Sinne des Wortes nun noch einige Funktionen in der R.H. aufbürden. Weit gefehlt! Denn dies liefert unseren Gegnern immer wieder die Argumente, die Rote Hilfe sei eine „rein kommunistische Organisation“ und unter der großen Masse der Parteilosen die Meinung, sie würden als minderwertig betrachtet, sodaß sie an der Organisation dadurch desinteressiert werden. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß erfreulicherweise immer mehr Parteilose unserer Organisation zufließen. Während wir im 2. Quartal 73 124 Kommunisten neben 83 584 Parteilosen und 1 248 SPD und Bürgerlichen verzeichneten, standen im 4. Quartal den 89 940 Kommunisten 115 187 Parteilose und 1 249 SPD und Bürgerliche gegenüber. Deshalb bis in die höchsten Leistungen unserer Organisation parteilose Genossen zur Arbeit heranziehen!

Unseren Funktionärstab verdreifachen.

Denn nach dem Stand des 4. Quartals 1930 fällt auf 15 Mitglieder 1 Funktionär.

Die Frage der Verdreifachung und stärkeren Politisierung unserer Funktionäre bedingt aber auch gleichzeitig die regelmäßige Information und Aussprache mit unseren Funktionären. Dabei ist Wert darauf zu legen, daß in diesen Funktionärsitzungen auch die Funktionäre selbst ihre Auffassung über die Maßnahmen der Organisationsführung zum Ausdruck bringen und ihre Erfahrungen bekannt geben. Nur in der gegenseitigen offenen positiven Kritik und Beratung wird man in der Lage sein, jenen Geist der kollektiven Arbeit zu erzielen, der uns ermöglicht, die letzten organisatorischen Fortschritte entsprechend auszuwerten.

Am Schluß noch ein Wort zur Zusammenarbeit mit den **Kollektivmitgliedschaften**:

Am 2. Quartal hatten wir 424 Kollektivmitgliedschaften, die 513 Funktionäre stellten. Am Schluß des Jahres 1930 waren es 939 mit 1076 Funktionären. Auch hier gilt es, eine bessere Verbindung zwischen den Kollektivmitgliedschaften selbst und unserer Organisation herzustellen sowie überall R.H.-Kommissionen und Vertrauensmänner zu schaffen bzw. wählen zu lassen, denen als Funktionäre der R.H. besondere Bedeutung zukommt.



Stellen wir nach außen als Ziel der Arbeit des Jahres 1931 200 000 neue Mitglieder, d. h. Verdoppelung der Organisation, so müssen wir für die innere Entwicklung der Roten Hilfe uns als Ziel setzen, die Verdreifachung des Funktionärkörpers zu erreichen, damit unser Vormarsch nicht ein Stoß in die Luft ist, sondern ein festes organisatorisches Fundament erhält, das es uns ermöglicht, trotz der Verschärfung des Polizei- und Justizterrors, trotz des Republikuschutzes, trotz der Brüningischen Notverordnung als eine der entscheidenden Kampfformationen der proletarischen Klasse in der roten Klassenfront gemäß unserer Bedeutung unsere Aufgaben zu erfüllen. U. B.

Diskussionsartikel zum Funktionärproblem

Durchorganisierung der Bezirke und Ortsgruppen

Die zum Teil in der R.S. noch bestehenden organisatorischen Mängel und Schwächen sind ein Hemmnis ihrer Entwicklung.

Auch finanziell macht sich die Steigerung der Mitgliederzahlen in der Organisation nicht so bemerkbar, wie es trotz Erwerbslosigkeit sein müßte, um den Anforderungen und Verpflichtungen der R.S. vollaufgerecht zu werden.

Woran liegt das?

Unsere Mitglieder werden in der Hauptsache nur vom Unterkassierer erfasst, der das wichtigste Bindeglied in der Organisation bildet. Je mehr die Organisation gewachsen ist, umso größer wurden die Anforderungen an die Unterkassierer, die es zu Spitzenleistungen bis zu 80 zu kassierende Mitglieder brachten, wodurch natürlich die Genossen überlastet wurden und erlahmten, ja nicht einmal in der Lage waren, einen Genossen, den sie das erste Mal nicht antrafen, noch einmal aufzusuchen. Geschweige denn, daß der Unterkassierer mit den zu kassierenden Mitgliedern politisch diskutieren oder sie für die Organisation aktivieren konnte.

Infolgedessen sind viele Mitglieder mit ihren Beiträgen in Rückstand gekommen und welche sogar aus der R.S. ausgetreten.

Viele Genossen haben sich scheut, die Funktion eines Unterkassierers anzunehmen wegen der Überlastung: bis zu 60 oder 80 zu kassierende Mitglieder. So ist z. B. in Kassel bei einer Bücherkontrolle festgestellt worden, daß in einem Jahr durch nichtkassierte Beiträge der Organisation über 500 Mark verloren gegangen und ganze Ortsgruppen brachgelegen sind.

Was ist dagegen zu tun?

Die größeren Ortsgruppen müssen aufgeteilt werden in Gruppen bis zu 120 Mitgliedern, die Gruppen in Abteilungen mit höchstens 40 Mitgliedern.

Jede Gruppe ist zu besetzen mit dem Gruppenleiter, Gruppentassierer, Literaturobmann, Agitrop. Die Abteilung schafft sich den Abteilungsleiter, Abteilungskassierer und 4 Unterkassierer, so daß jeder Unterkassierer nicht mehr als 10 Mitglieder zu kassieren hat. Bei weiterem Anwachsen Neuaufteilung.

Um Unregelmäßigkeiten zu verhindern, werden in jedem Bezirk, jeder Ortsgruppe und Gruppe Revisionskommissionen aus zwei bis drei guten Genossen eingesetzt, die zu den bestimmten Terminen der Abrechnungen der Kassierer und Unterkassierer sich bereit halten zur sofortigen Kontrolle bei Nichtabrechnung bezw. nicht rechtzeitiger Abrechnung.

Abrechnungstermine für die Unterkassierer müßten sein der 13. und 25. jeden Monats
für den Abteilungskassierer der 27. j. M.
für den Gruppentassierer der 28. j. M.
für den Ortsgruppenleiter der 1. j. M.
für den Bezirkskassierer der 5. j. M.

Was erreichen wir damit?

Eine bessere Erfassung und Bearbeitung der Wohngebiete, Straßenzüge und der darin enthaltenen Betriebe zur Bildung von Betriebszellen. Bei Sammlungen wird jede Straße, jeder Häuserblock systematisch durch die Abteilung erfasst, was bei großen Ortsgruppen nicht der Fall sein kann.

Die Mitglieder lernen sich auf den Abteilungsabenden besser kennen und können durch gegenseitige Kontrolle alle lauen Mitglieder viel besser zur Organisationsarbeit heranziehen. Wir schaffen einen neuen Stamm von verantwortungsvollen Funktionären, die sich im Wettbewerb mit anderen Abteilungen ihrer Gruppe gegenseitig anspornen, als beste Abteilung bei Veranstaltungen, Sammlungen, abgerechneten Mitgliedsbeiträgen, umgesetzter Literatur zu glänzen.

Die Mitglieder werden regelmäßig kassiert, der Unterkassierer kann mit seinen 10 zu kassierenden Genossen politisch diskutieren und sie für Organisationsarbeit gewinnen.

Kurz, wir machen die zu uns strömenden revolutionären Energien der Organisation nutzbar und erziehen Klassenkämpfer.

All das sind keine am grünen Tisch ausgeklügelten Probleme, sondern der Praxis entnommene Erfahrungen.

Ein Beispiel: Reinickendorf-Dist, eine Gruppe des 20. Unterbezirks Berlin hatte 900 Mitglieder und stagnierte. Zur Mitgliederversammlung erschienen höchstens 40 Mitglieder, Abrechnung war sehr schwach. Die Gruppe wurde zuerst in 5 Abteilungen aufgeteilt. Resultat war: Steigerung der Funktionäre um 120%, in den Abteilungsversammlungen wurden bis zu 50 Mitglieder erfasst. Die Kassierung ist zu 95% durchgeführt. Junge unverbrauchte Kräfte als neue Funktionäre weiterfeiern, um ihre Abteilung als beste zu gestalten. Also: auf! und machts nach!

St.

Kleinere Organisationseinheiten stärken die Schlagkraft

Obwohl in Berlin auf Grund der Größe der Organisation besondere Verhältnisse vorliegen, glauben wir, daß auch in einem großen Teil der Ortsgruppen im Reich dieselben Fragen zu lösen sind. (Die Red.)

Schon sind auf Grund der Notverordnung zahlreiche Versammlungen, selbst Mitgliederversammlungen verboten und aufgelöst worden! Zwei Plakate, die zum Solidaritätsaufgebot aufriefen, wurden mit der Begründung verboten, daß sie „hekerisch“ sind und zu „unerschlaubten“ Sammlungen auffordern.

Diese Maßnahmen müssen wir mit einer Massenmobilisierung aller Werktätigen für unser Solidaritätswerk beantworten. Voraussetzung dafür ist, daß unsere Organisation viel aktiver und schlagkräftiger wird. Besonders notwendig ist es, alle Mitglieder zur Arbeit heranzuziehen und tausende von neuen Mitgliedern und Funktionären zu gewinnen.

Bei der heutigen Organisationsform kommt das in einem großen Teil der Ortsgruppen, besonders in der Berliner Organisation kaum in Frage. In Berlin sind z. B. die Ortsgruppen mehrere tausend Mitglieder stark. Zwar sind sie noch in Gruppen unterteilt, teilweise auch in Abteilungen. Doch die Gruppen und Abteilungen haben immer noch vier- bis fünfhundert, ja oft tausend Mitglieder. Bei derartigen großen Organisationseinheiten ist eine wirkliche Heranziehung aller Genossen zur Arbeit und eine gute Durchklassierung und Kontrolle der Genossen, die gerade jetzt besonders notwendig ist, kaum möglich.

Die schlechte Kassierung, die Nichterfassung von Hunderten von Mitgliedern, die in unsere Reihen eintreten, die nicht genügende Heranziehung und Erfassung von Funktionären ist mit auf diesen organisatorischen Fehler zurückzuführen. Der Bezirksvorstand von Berlin-Brandenburg-Pommern hat darum beschlossen, daß raschestens die gesamte Berliner Organisation reorganisiert wird. Hauptaufgabe ist: Sofortige

kleinere Unterteilung der Gruppen! Eine Gruppe darf nicht mehr als 200 Mitglieder umfassen und muß in vier Abteilungen von je 50 Genossen unterteilt werden. In jeder Abteilung sind ein politischer Leiter, Kassierer und alle anderen notwendigen Funktionäre zu wählen.

Bis zum 15. Mai ist in allen Ortsgruppen des Bezirks diese Arbeit durchzuführen.

Selbstverständlich ist die Teilung der Gruppen nicht schematisch, sondern mit größter politischer Umsicht durchzuführen. Die fehlenden Abteilungs- und Gruppenleiter, sowie Kassierer sind aus dem jetzt bestehenden Funktionärkörper für diese höhere Funktion heranzuziehen. Nur, wenn man sogenannte „untere“ Funktionäre auf eine höhere Funktion stellt und sie praktisch arbeiten läßt, werden sie sich weiter entwickeln. Unsere Genossen wachsen mit den Aufgaben, die wir ihnen stellen. R.

AUS DER PRAXIS — FÜR DIE PRAXIS

Schnelles Reagieren sichert den Erfolg R.

Unser Ziel: Verdoppelung der Mitgliedschaft, breiteste Massenarbeit wird vor allen Dingen dann Erfolg haben, wenn wir es verstehen, an der richtigen Stelle im richtigen Moment einzugreifen. Besonders dann, wenn auf Grund aktueller Ereignisse die Arbeiterschaft und die gesamte werktätige Bevölkerung mehr als sonst am politischen Leben interessiert ist. Selbst wenn die Anlässe keinen direkt politischen Charakter tragen und nicht in den allgemeinen Aufgabenkreis der Roten Hilfe fallen, hat sich schon gezeigt, daß bei einem richtigen Eingreifen der KJ wesentliche politische und organisatorische Erfolge zu erzielen sind.

Folgendes Beispiel soll dies zeigen:

Auch an Grenzfälle anknüpfen . . .

Vor einiger Zeit meldeten die Zeitungen aus Lübben, einem Ort im Spreewald, daß sich die sechzehnjährige Hausangestellte Gertrud Schade vor einen fahrenden Zug geworfen

hat und Selbstmord beging. Es stellte sich heraus, daß das Mädchen bei einem Amtsgerichtsrat W. in Stellung war und von dem Amtsgerichtsrat und seiner Frau wesentlich falsch des Diebstahls von M. 100.— beschuldigt wurde. Dieses Bürgerpad ließ das Arbeitermädchel verhaften und unter Begleitung der Polizei durch die Straßen führen. Das Mädchen konnte die ihm angetane Beschuldigung und Schmach der öffentlichen Verhaftung nicht verwinden und machte seinem Leben ein Ende.

Die Berliner Organisation der Roten Hilfe griff sofort diesen ungeheuerlichen Fall auf und veranstaltete eine öffentliche Versammlung zur Untersuchung des Falles, zugleich eine Protestkundgebung gegen das gemeine Vorgehen dieses Hüters der „Rechtspflege“. Die Versammlung war ein Riesenerfolg. Noch nie hatte der Ort (ca. 20000 Einwohner) eine solche Massenversammlung gesehen. Ueber 1300 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung waren anwesend. Unter dem Eindruck dieser gewaltigen Volkstundgebung mußte das bürgerliche Klafsengericht den Amtsgerichtsrat W. sofort durch Pensionierung aus dem Dienste entfernen und die Staatsanwaltschaft war gezwungen, eine Untersuchung gegen W. und dessen Frau einzuleiten.

Durch unser Eingreifen gewannen wir die Sympathie der werktätigen Bevölkerung und konnten sofort eine Ortsgruppe mit 42 Mitgliedern gründen, und so in einem wichtigen Ort in der Lausitz einen festen Stützpunkt schaffen

Die RH voran in der rev. Einheitsfront

Ein Beispiel, wie unter Führung der RHD gegen den Faschismus eine gemeinsame Kampffront von parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern geschaffen wird, zeigt die Ortsgruppe Demmin in Pommern. Dort terrorisierten schon seit längerer Zeit die SA-Mordkolonnen der Nazis die Bevölkerung. Am 4. März überfielen sie Gewerbeschüler, die aus der Schule kamen. Als die empörten Arbeiter Front machten und die Nazibanden abwehrten, griff wie üblich die Polizei zu Gunsten der Nazis ein und verhafteten 12 Arbeiter und stellte sie wegen Landfriedensbruch unter Anklage. Darüber herrschte eine gewaltige Empörung innerhalb der gesamten werktätigen Bevölkerung. Auch hier rief die Rote Hilfe sofort eine Massenprotestkundgebung ein, die außerordentlich gut besucht war. Eine Protestresolution, die vom Gewerkschaftsverband, von der Parteileitung der SPD, der KPD und des Reichsbanners unterzeichnet war, wurde einstimmig angenommen.

Auf Grund dieser Veranstaltung und einer Filmkundgebung die wir am Orte hatten, wobei ungefähr 350 Besucher und ein finanzieller Ueberschuß von M. 93.— zu verzeichnen war, konnte der Mitgliederstand um 150 Prozent erhöht werden.

Erfolg durch schnelles Handeln hatte die Ortsgruppe Treptow a. d. Toll in Pommern. Auf Grund von Naziprovokation gegen Reichsbannerarbeiter veranstaltete die Rote Hilfe sofort eine Kundgebung auf dem Marktplatz, 500 Einwohner, eine außerordentlich hohe Zahl für den kleinen Ort, nahmen daran teil. An der Versammlung sowie an der anschließenden Demonstration beteiligten sich geschlossen Mitglieder der SPD und des Reichsbanners. Es gelang 13 Unfluhmänner für die RH zu machen.

* * *

Wir sehen an diesen Beispielen aus der praktischen Arbeit unserer Genossen, daß es vor allem darauf ankommt, schnell und richtig auf die politischen Ereignisse zu reagieren. In solchen Fällen wird immer ein politischer und organisatorischer Erfolg zu verzeichnen sein.

Fehler Mängel Schwächen

besprichst Du mit Genossen und Funktionären Deiner Gruppe.

Warum

schreibst Du nicht darüber Deiner Funktionärzeitung dem „Roten Block“?

Fortschritte Erfolge Aufstieg

unserer Bewegung siehst Du täglich in Deiner Gruppe, bei Deiner Funktionärarbeit. Davon zu erfahren, stärkt die Kampfkraft und den Arbeitsgeist aller aktiven RH Mitglieder!

Arbeitssystem Mittel Methoden

denen Ihr bei Eurer kollektiven Arbeit diese Fortschritte und Erfolge zu verdanken habt, müssen die Funktionäre der Reichsorganisation kennen, um sie auch selbst anwenden und neue Erfolge erreichen zu können!

Darum Deine Pflicht:

Kritischen Bericht dem „Roten Block“!

Bericht über gute Arbeit, aber doch . . .**Ein Bericht, wie er nicht sein soll**

„Die Märzkampagne im Bezirk Düsseldorf . . . Kundgebungen nahmen einen glänzenden Verlauf . . . es herrschte eine prächtige Kampfstimmung, . . . der Elan und die Verbundenheit der Betriebe und Organisationen mit den Toten der Revolution und den Opfern des faschistischen Terrors kam besonders stark durch sehr große (!) Kranzspenden zum Ausdruck . . . Märzkundgebungen standen vollständig unter den Parolen der Roten Hilfe . . . die meisten Teilnehmer trugen die von der Roten Hilfe herausgegebenen roten Bändchen mit der Aufschrift: „Den gefallenen Kämpfern zum Gedächtnis“). . . auch Faschisten sehr aktiv . . . es bildeten sich spontane Abwehrkolonnen von sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern . . .“

Und was hat die Rote Hilfe getan? Wie hat die Rote Hilfe es verstanden, im Rahmen der Mobilisierung der Massen für die Rote Hilfe zu werben, für die Opfer des Terrors und die Eingekerkerten zu sammeln?

Doch darüber weiß der wortreiche Bericht sehr wenig zu sagen:

„ . . . die prächtige Beteiligung bei den Märzkundgebungen der Roten Hilfe wurde erst in der Hälfte der Ortsgruppen durchgeführt . . .“
Und jetzt kommt das höchste der Gefühle:

„ . . . die notwendige Massenarbeit der Roten Hilfe ist bei diesen Kundgebungen sehr stark in Erscheinung getreten. Noch nie in der Vergangenheit wurden solche Massen von der Roten Hilfe erfasst. Noch nie in der Vergangenheit wurden die Losungen den Massen so deutlich vor Augen geführt. Die Märzkundgebungen der Roten Hilfe im Bezirk Düsseldorf waren für die Organisation ein voller Erfolg.“

Dieser Bericht sagt nicht das, worauf es ankommt. Die berichtenden Genossen sollten sich daran gewöhnen, ihre Berichte so abzufassen, daß sie weniger Wert darauf legen, ihre eigenen Leistungen bzw. die Leistungen ihrer Organisation hervorzuheben, als in den Berichten zu sagen, auf welche Weise und mit welchen Methoden Erfolge erzielt werden konnten. Berichterstattungen, die veröffentlicht werden sollen, haben doch nur dann einen Zweck, wenn die anderen Funktionäre der Organisation aus den dargelegten Erfahrungen lernen und sie anwenden können.

Daher die Richtlinie für die Berichterstatter: Immer kurz! Immer konkret! Immer mit möglichst wenig Worten das sagen, worauf es ankommt! Mängel, Fehler herausarbeiten; das Falsche oder Richtige an den angewandten Methoden aufzeigen und immer bedenken, man berichtet nicht für sich, sondern für die anderen!

*) Die Herausgabe dieses roten Bändchens, die vom Bezirk erfolgte, war nicht sehr glücklich, da die Losung zu wenig zur Aktivität und zum Kampf aufruft.

Der Hebel der kollektiven Arbeit:
die Methode des Wettbewerbes**Wenn gearbeitet wird,
geht es auch vorwärts**

Die Ortsgruppe Rnauktleeberg schreibt uns:

Unsere Rote Hilfe- Ortsgruppe lag vor zwei Jahren noch völlig darnieder; am 22. März 1929 haben wir sie wieder ins Leben gerufen. Da war der Erfolg am ersten Tage: 29 Mitglieder. Wir haben die Ortsgruppe im ersten Jahr hochgebracht bis auf 78 Mitglieder, bei jedoch nur 3 Funktionären. Im zweiten Jahre setzte aber eine so uner müdliche kollektive Arbeit ein, daß unsere Ortsgruppe heute bereits 290 Mitglieder zählt bei einem Funktionärstab von 26 Mann und es dauert höchstens noch 14 Tage und wir werden die 300 überschreiten. Also ein Beweis, daß: wenn gearbeitet wird, geht es auch vorwärts. Hauptsächlich verdanken wir unserer Erfolge dem Wettbewerb, den wir unter den Funktionären veranstalteten. Welche Ortsgruppe macht es nach?

Ortsgruppen, die über ähnliche Erfolge berichten können, werden aufgefordert, darüber dem „Roten Bloß“ zu schreiben und dabei womöglich noch ausführlicher über ihre Arbeitsmethoden zu berichten.

Gegen verschärfte Offensive der Klassenjustiz — gesteigerte Werbearbeit

In Minden i. W. wurde vor einiger Zeit anlässlich einer Demonstration gegen die reaktionäre Kommunalpolitik der Bürgerlichen und Sozialfaschisten die aus dem ganzen Kreise zusammengesogene Polizei eingesezt, die gegen die Arbeiter mit aller Brutalität vorging und Massenverhaftungen vornahm.

Die Klassenjustiz zitierte darauf 19 Arbeiter vor die Schranken des Gerichts. In Minden wagten sie den Prozeß nicht durchzuführen und verlegten ihn nach dem kleinen Badeort Deynhausen, wo sie hofften, daß bei dem überwiegend Kleinbürgerlichen Charakter dieses Ortes der Prozeß in aller Ruhe und unbeachtet durchgeführt werden konnte. Die Rechnung aber hatte ein Loch.

Die Verlegung nach Deynhausen bot einen günstigen Anlaß, um in diesem Städtchen, wo die Rote Hilfe bisher noch keine Ortsgruppe hatte, eine Kundgebung durchzuführen. Die Kundgebung fand in einem Saal statt. Die Vorbereitungen wurden gründlich durchgeführt. Erschienen waren — 350 Personen. In der Versammlung konnte eine Ortsgruppe gegründet werden, der sofort 21 Mitglieder beitraten. Die Zahl der Mitglieder ist inzwischen auf 40 gestiegen.

UNTER DER KONTROLLE DER MASSEN

Württemberg

Mit Genugtuung lasen unsere Freunde und Mitarbeiter im letzten „Tribunal“ den starken Fortschritt, den wir auf dem Gebiete der Gewinnung von Kollektivmitgliedschaften machten. Die Verdreifachung in mehr als einem Jahr ist gewiß ein gutes Stück Arbeit. Was sagen aber die Funktionäre des Bezirks Württemberg dazu, wenn wir an dieser Stelle mitteilen müssen, daß es wohl in Württemberg eine sehr aufwärtsstrebende rote Sportbewegung gibt, die in allen Sparten und Gruppen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß hat, aber daß bis jetzt kein einziger Sportverein als Kollektivmitglied der Roten Hilfe geworben wurde.

Aber liegt es nur an den Sportorganisationen, daß sie den Weg noch nicht zu uns gefunden hat, wenn wir auf der anderen Seite bei unserer Kontrolle feststellen konnten, daß jedes dritte Einzelmitglied der Roten Hilfe der Arbeiter Sportbewegung oder den Naturfreunden angehört?

Schlesien

Aus Grünberg (Schlesien) schreibt uns ein Funktionär:

„Ich muß Euch als Zentralvorstand über unseren Bezirks-Vorstand einiges berichten. Nach meiner Ansicht geht dort manches nicht in Ordnung. Am 27. November schickte man uns den Arbeitsplan mit Lichtbildervorführung für unser Arbeitsgebiet. Für uns selbst war die Veranstaltung für den 13. 2. 31 angelegt. Wir bereiteten sie auch vor, schrieben dreimal an den B.-B., ob der Referent mit den Lichtbildern bestimmt kommt. Bis zum 13. 2. bekamen wir keine Antwort. Wir telefonierten deshalb nach Breslau und erhielten die Antwort, Gen. Preis ist unterwegs, aber den Lichtbildapparat hat er nicht mitgenommen. Die Folge davon war eine starke Verärgerung bei unseren Genossen und Sympathisierenden. Ein Teil verlangte das Eintrittsgeld zurück, da es das zweite Mal war, daß wir den Lichtbildervortrag nicht abhielten. Solche Dinge schaffen Unlust zur Arbeitsleistung.“

Immer wieder das alte Lied . . .

. . . die schlampige Zustellung der Mitgliedsbücher. Einem Brief des Genossen F. M. aus Berlin S. 14 entnehmen wir folgendes:

„Ich möchte nochmals anfragen, ob ich die Mitgliedsbücher für Ch. M. und R. B. bald bekomme. Es sind jetzt bereits acht Wochen vergangen, daß mein Vater die Beitrittserklärung abgegeben hat. Aber wenn Ihr schon so viele Mitglieder habt, daß Ihr keine mehr braucht, dann schickt doch die 1.20 RM wieder zurück . . . Auf dem Aufnahmeschein steht doch so schön: Spätestens acht Tage nach der Aufnahme muß das Mitglied im Besitz seines Mitgliedsbuches sein. Und was zeigt die Wirklichkeit?“

LITERATUR

gegen Klassenjustiz und weißen Terror

Was will die Rote Hilfe?

Hinter Kerkern mit den Massen verbündet . Preis 10 Pf.

Selbst enthauptet

Grauensvolle Tatsachen des Strafvollzugs . . . 20 Pf.

Mordregister des Faschismus

In 13 Monaten 93 Tote 20 Pf.

Für Lohnkampf ins Zuchthaus

Wirtschaftskämpfe, Polizeiterror, Klassenjustiz und Rote Hilfe 20 Pf.

In der Knochenmühle zermalmt

Arbeitskraft und Strafrecht 20 Pf.

Feuer wird mit Blut gelöscht

Mord, Raub, brennende Dörfer und Genossenschaftshäuser, vergewaltigte Frauen, Folter im Kerker . . . das Bild der Greuel im faschistischen „Großpolen“ Pilsudskis 20 Pf.

Tribunal-Verlag Wilh. Pieck
 Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77-78

Die Nazi-Schutzgarde der Ausbeuter und Profitjäger

Was wollen die Nazis in den Betrieben. 24 Seiten, 10 Pf.
 Die Broschüre bringt Material für die Diskussion in den Betrieben.
Verlag: Betrieb und Gewerkschaft, Berlin

„Die RGO muß zu einer wahren Millionenbewegung in Deutschland werden“

(Genosse Thälmann in seiner Rede am 15. Januar 1931)

Lest und verbreitet die Zeitschrift der RGO Betrieb und Gewerkschaft

Organ für marxistische Strategie und Taktik. Preis 30 Pf. pro Nummer. Erscheint monatlich einmal im Verlag Betrieb und Gewerkschaft G. m. b. H., Berlin C 25.

Bestellungen nimmt jedes Postamt und der Literaturobmann entgegen.

WICHTIGE BROSCHÜREN

Italien, die Erfüllung des „Dritten Reiches“

32 Seiten, 20 Pf.

Die Broschüre zeigt die arbeiterteindliche Haltung der faschistischen Gewerkschaften und die Wirtschaftskrise im heutigen Italien. Das Vorbild des nationalsozialistischen Zukunftsstaates.

Die Frau im Dritten Reich

16 Seiten, 10 Pf.

Die Broschüre zeigt die Rolle der Frau im Dritten Reich und weiterhin das Frauenprogramm der Kommunistischen Partei, die für Gleichberechtigung und Freiheit der Frau kämpft.

Das Land ohne Arbeitslose

16 Seiten, 10 Pf.

Ein Kenner Sowjetrußlands zeigt mit Hilfe von Statistiken, daß in der Sowjet-Union im Rahmen des Fünfjahrplans und der Fünftage-woche für jeden Werktätigen überreichlich Arbeit vorhanden ist, und daß alle Meldungen der SPD-Presse über Hunger und Arbeitslosigkeit in der Sowjet-Union erlogen sind.

Hundertfünfzig befreite Völker

Das Nationalitätenproblem in der Sowjet-Union. 16 Seiten, 10 Pf.

Das Nationalitätenproblem, eine der schwierigsten Fragen mit denen die kapitalistischen Staaten zu ringen haben, ist in der USSR gelöst worden. Über 150 Völker leben hier nebeneinander, befreit von nationaler Unterdrückung, befreit vom Kapitalismus.

Wer hilft dem Landvolk?

16 Seiten, 10 Pf.

In dieser Broschüre zeigt der Reichsbauernbund die Ursachen des Verfalls der Bauernwirtschaften auf und zeigt gleichzeitig den Ausweg aus weiterer Verelendung.

Die Gutsherren bauen die Löhne ab

16 Seiten, 10 Pf.

In dieser Broschüre ist Material über die Landarbeiterfrage gesammelt.

Hungerlöhne

6 Seiten, 10 Pf.

Das Mißverhältnis zwischen Arbeitseinkommen und Steigerung der Lebenshaltungskosten wird an Beispielen erläutert.

Der Arbeiterverrat der Gewerkschafts-Bonzen

24 Seiten, 20 Pf.

Die Broschüre zeigt den Verrat der reformistischen Gewerkschaften, die sich zu Helferleibern der Unternehmer entwickelt haben.

Internationaler Arbeiter-Verlag
Berlin, Luisenpark, Kleine Alexanderstrasse 28